

Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslands-
besteller 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Wabellstr. (Neubau).
Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849.

Jammer werde zum Ganzen und kommt Du selber kein Ganzes werden
..... Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an

Inserate: Die 6spalt. Zeitspalt. wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Arbeiter, zwingt die Unternehmer zum Bessermachen!

„Es jengt von schlechter Geschäftsführung, Gewinn aus den Arbeitern oder Käufern herauszuschlagen; die tüchtigere Leitung muß das tun. Hütel Euch, das Produkt zu verschlechtern; hütet Euch, die Löhne zu verbilligen und das Publikum zu überheuern. Steht Gehirn in Eure Geschäftsmethode, Gehirn und noch mehr Gehirn — macht die Sache besser als bisher, nur auf diese Art wird sämtlichen Parteien gebient und geholfen werden. Das läßt sich zu jeder Zeit erreichen.“

Henry Ford im Kapitel „Wie billig die Waren?“ in seinem Buch „Mein Leben und mein Werk“.

Diesen Grundsatz des erfolgreichen Industriellen sollten sich die Leiter der feinkeramischen Betriebe endlich einmal etwas näher ansehen und versuchen, bei ihrer Tätigkeit anzuwenden; denn es ist höchste Zeit zu einer Aenderung in der Geschäfts- und Arbeiterpolitik. Die letzten Monate haben darin Verhältnisse gezeigt, die niemals der feinkeramischen Industrie Nutzen, aber desto sicherer Schaden bringen werden.

Die allgemeinen Klagen aus ehemals hochentwickelten Werken wie: Hermsdorf, Freiberg, Rosenthalabteilung Hennigsdorf; das Vorgehen der Direktoren in bezug auf Betriebs- stilllegungen mit nachfolgenden Tarifwidrigkeiten in Besten, Bornham, Neuhaldensleben, Kobach; die Kämpfe wegen nicht- sagender Lohnabzüge und verlängerter Arbeitszeit in Rehau, Schwarzenbach, Schornborn, Schönwalb, Eisenberg und die un- haltbaren niedrigen Löhne für Qualitätsarbeiter und für fast übermäßig zu nennende Leistungen in vielen Fabriken der Ge- brauchsgeräthbranche lassen erkennen, daß die Betriebslei- stungen falsch handeln und äußerst schlecht wirtschaften. Sie sollten allgemein wahrlich mehr Gehirn bei ihren Methoden verwenden. Aber wie sich bei dem letzten Reichsmanteltarif und Lohnverhandlungen im März in Weimar feststellen ließ, fehlt es noch viel an Gehirn und — gutem Willen.

Die Betriebsverantwortlichen der feinkeramischen Industrie sind durch den direkten und indirekten Kampf gegen ihre Arbeiterschaft viel zu einseitig geworden und betrachten es als ihre Lebensaufgabe, anzuknüpfeln, wie sie ihre Belegschaften am besten ausstatten können. Der Thüringer Unternehmer, der zu Arbeitern seines Betriebes anheute: „Eure Zeit ist nun vorbei; 1918 habt Ihr uns den Achtstundentag aufgezwungen, heute diktiert wir die längere Arbeitszeit. Jeder muß aus dem Betrieb, der den Gewerkschaftsführern nachläßt“, ist typisch für einen ganzen Bezirk, der starr auf der Entwicklungsstufe von 1904—06 stehen geblieben ist. Für diesen Mann und seine näheren Kollegen gilt niemals der moderne Grundsatz von Henry Ford, um so mehr natürlich die der industriellen Entwicklung entgegenstehenden Ansichten. Daß damit kein Fortschritt oder gar Aufstieg in irgend einer Weise zu erzielen ist, braucht wohl kaum besonders hervorgehoben werden.

Die andere Gruppe experimentierender Betriebslenker schart sich in Konzernen und zehrt von den sachmännlichen Früchten ihrer Vorgänger und hauptsächlich von den Opfern der Beschäftigten. Sie sind nicht in Anfängen stehen geblieben, wie die vom Kaliber der alten Schafsmacher, kommen aber wegen ihrer Organisation nebensächlicher Verwaltungs- abteilungen nicht mehr weiter; denn sie haben vergessen, die eigent- liche Produktionsleistung sachgemäß unter Mitarbeit der Ar- beiter zu organisieren und zu heben. Sie sind festgefahren und ihre Betriebe ersticken allmählich infolge zu vieler Theorie und falscher Praxis.

Ihre Stellung zu den Arbeitern ist nicht so offen wie die des Thüringer Gewerkschaftsreßlers, bewegt sich jedoch in der gleichen Linie, den Profitbringern alle Fehler der geirrtlosen Geschäftsmethode tragen zu lassen. Allerdings geben sie sich ihren Auftraggebern gegenüber den Anschein, als stecken sie recht viel Gehirn in ihre Geschäftsmethoden, aber die Sache wird nie besser, kann nie besser werden, weil sie sich nicht hüten, die Löhne zu verbilligen. Darin liegt ihr Fehler. Deshalb haben sie nie Erfolg und die Industrie muß darunter leiden.

Die Aufsichtsräte und Aktionäre der feinkeramischen In- dustrie sollten einmal prüfen, wo es halt; denn auch sie haben den Schaden davon, wenn zuviel Gehirn in die verkehrte Geschäftsmethode gesteckt wird. Allzuviel ist gewöhnlich un- gesund. Oder ist es für die Industrie nicht ungesund, wenn Betriebe wegen einer tölpelhaften Aus- legung garnicht existierender Lohnstarif- bestimmungen wochenlang stillliegen müssen? Es ist nicht nur ungesund, sondern ein Stück Verrantheit, Borniertheit, wegen einiger Mark Lohnsumme, die die Belegschaften auf Grund der klaren Sachlage einlagen können und rechtlich angeprochen erhalten müssen, wochenlange Kämpfe in einer Zeit wirtschaftlicher Not auslösen zu lassen. Es ist ein schweres Vergehen und noch mehr, mit großen Aufträgen versehene Fabriken wie in Schönwalb, Rehau, Schwarzenbach wegen einer eingebildeten Schafsmachergrulle vier Wochen hindurch nicht produzieren zu lassen. Ein Mittel der Jahresproduktion ist den so famos geleiteten Betrieben verloren gegangen und das in einer Zeit, in der die Vertreter über die zu hohen Steuern und sonstigen Belastungen jammernd, in der sie klagen, kein Geld zu haben, um die notwendigen Ausgaben zu zahlen.

Daß die Aktionäre durch so leichtfertige Handlungen, wie sie die Kämpfe wegen der Arbeitszeit und des Preiszwanges, nun als unredlich und einlagbar erkannten Lohnabzuges für son- stige Arbeiter und Arbeiterinnen darstellen, ihre Leidende be- einträchtigen lassen, ist wirklich verwunderlich. Unsere Kollegen in den Aufsichtsräten der kampfwütigen Firmen sind verpflichtet, dieses leichtfertige Schindluderstreiben mit der Industrie gebüh- rend an den Pranger zu stellen und haben darauf hinzuwirken, daß die für die Kämpfe verantwortlichen Direktoren für ihr industrieschädigendes Verhalten zur Rechen- schaft gezogen werden; denn etwas Anfrinkt und Rennen des Tarifrechts hätte sie von dem törichten Schritt, die Betriebe

Auf zur Maifeier 1924!

Arbeiter und Angestellte

Jahrzehntelang haben wir für die Erringung des Achtstundentages demonstriert, bis die November-Um- wälzung 1918 diese Forderung verwirklichte. Fünf Jahre haben die Gewerkschaften diese Errungenschaft gegen alle Angriffe verteidigen können. Im Dezember 1923 ist es dem Unternehmertum gelungen, mit dem schweren Geschütz der Inflation die gewerkschaftlichen Bastionen zu über- winden und die äußere Befestigungslinie, den gesetzlichen Schutz des Achtstundentages, zu durchbrechen. Das organisierte Unternehmertum wurde wieder einmal Ru- hnießer der allgemeinen Notlage von Reich und Volk.

Noch aber ist der Kampf nicht völlig ent- schieden. In vielen Berufen steht die Entscheidung noch aus. Von der Haltung der Arbeitnehmer- schaft, von der Kraft ihrer Gewerkschaften hängt es ab, ob der Achtstundentag wiederhergestellt und gesichert werden kann, oder ob er als eine Episode, als wirt- schaftlich- und sozialpolitisches Experiment beiseite gelegt wird.

Von euch, ihr deutschen Arbeiter und Angestellten, er- wartet die Welt, daß ihr den Achtstundentag nicht preis- gebt, sondern für seine dauernde gesetzliche Aner- kennung eintretet. Deshalb ist es für die deutsche Ge- werkschaftsbewegung eine Ehrensache, am 1. Mai dieses Jahres mit besonderer Einmütigkeit und Entschlossenheit für den Achtstundentag

zu demonstrieren. Und nicht für ihn allein. Sein Schicksal hat die ganze Sozialgesetzgebung geteilt, die von der Inflation hinweggerissen ist. Überall wird ab- gebaut und schließlich bleibt von dem Schutz, den die Reichsverfassung der Arbeitskraft zusichert, nichts mehr übrig. Die Festhalten, die jedes weitere Opfer scheuen, üben die Kontrolle über die Ausgaben des Reiches aus. Die Erwerbslosenfürsorge wird trotz eigener Beiträge der Arbeiter- und Angestelltenchaft ein-

wegen einer Bagatelle wochenlang zum Erliegen kommen zu lassen, abhalten müssen. Ihr fanatisches Machtgehären hat die Arbeiterschaft jedoch zum Aufbruch gebracht, was leicht hätte vermieden werden können. Jedenfalls viel Geschick wäre zur Umgehung der Angelegenheit nicht nötig gewesen.

Also Kollegen, drängt mit dahin, daß die Leiter der Werke Gehirn, Gehirn und nochmals Gehirn in ihre Geschäftsmetho- den stecken, damit beiden Seiten gebient ist.

Freilich ist diese Aufgabe nicht etwa leicht, aber wir müssen alles mit daran setzen, die Industrie vor ähnlichen Dummheiten und ihren — Veranlassern zu bewahren. Allerdings werden sich diese Angelegenheiten nicht mit Juristen, sondern nur mit Sachleuten regeln lassen.

Daß auch sonst die Arbeiterschaft an dem Vorwärtstommen der Industrie beteiligt sein und mitwirken will, haben kürzlich die Betriebsräte des Kahl- u. Schomburg-Konzerns für die elektro- technische Branche erkennen lassen. Sie haben der Konzern- leitung ernstlich vorgeschlagen, an der Hebung der Qualitäts- arbeit eifrig mitzuwirken.

Ein gutem Willen und Sachkenntnis der Arbeiterschaft fehlt es demnach nicht, es kommt nur auf die Gegenseite an, wie weit den Sachleuten Vollmacht gegeben wird, die feinkeramische In- dustrie zur vollen Leistungsfähigkeit auch den Arbeitern ge- genüber zu bringen. Mit dem schon gezeichneten neuen Kurs kommt es nie dahin. Drum ist eine Umstellung no- twendig, bei der die Forderungen der Arbeiter berücksichtigt werden müssen, wenn die Industrie auf die Höhe kommen soll.

Die verantwortlichen Industrielleiter haben es in der Hand, zu handeln. Geschicht nichts, dann tragen sie die Schuld, wenn Güter unnütz veraeubt werden. Die Arbeiterschaft wird sich das Notwendige schon zu erkämpfen wissen.

Quare wird dabei die Industrie lassen müssen. Des Un- ternehmertum muß sich schon daran gewöhnen, mit der Arbeiter- schaft zu rechnen: die Alleinberrschaft besteht nicht mehr, läßt sich auch durch Gewaltmaßnahmen nicht wieder aufrichten. Auch zur Lösung dieser Frage ist Gehirn notwendig. Bis jetzt hat es gefehlt; wir wollen sehen, ob das in Zukunft so bleiben soll.

Die Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie läßt sich ihr sittliches und geistliches Recht nicht nehmen, beim Produk- tionsprozeß mitzureden und mitzuhandeln zu ihrem Wohle und zu dem der Industrie.

Mögen das die Unternehmer begreifen lernen, ehe es zu spät. Die Arbeiterschaft weist rechtzeitig darauf hin, zeigt ihre Bereitschaft und warnt. Also: Macht Eure Sache besser als bisher!

Die Lohnverhandlungen wieder gescheitert.

In dem vom Schlichter, Herrn Oberregierungsrat Dr. Hauschild, am 29. März in Weimar gefällten Schiedspruch heißt es unter:

- 3. Sofern der durch die demnach zu erwartende Steigerung der Mieten sich ergebende Satz mehr als 40 Proz. der Friedensmiete ausmacht, haben für die Zeit vom 1. April ab neue Verhandlungen stattzufinden.
- 4. Dieser Schiedspruch gilt bis zum 6. April.

Weil nun ab 1. April der Satz der Steigerung der Mieten in Preußen auf 47 Proz., in Thüringen auf 55 Proz., in Bayern auf 50 Proz. und in Sachsen auf 50 Proz. der Friedensmiete

geschränkt, die Lage der Kriegsbeschädigten und Arbeitsunfähigen wird von Tag zu Tag trost- loser. Die Vorarbeiten für ein einheitliches Ar- beitsrecht sind zugleich eingestellt. Die deutsche Aus- wanderung hat einen riesenhaften Umfang er- reicht, weil der arbeitende Mensch in unserem Vaterland nichts mehr gilt. Deshalb muß am 1. Mai die

Wiederherstellung der Sozialgesetzgebung und ihr weiterer Ausbau gefordert werden.

Aber auch die letzte Errungenschaft der Novembertage, die deutsche Republik, ist bedroht. Die Verhand- lungen über den Hitler-Ludendorff-Putsch haben gezeigt, daß die Feinde der Republik nicht nur offene, sondern noch mehr geheime Anhänger haben, die nur deshalb den Tag des Verfassungsumturzes noch nicht für gekommen halten, weil die große Masse des Volkes treu zur Republik steht. Die Arbeiterschaft wird am 1. Mai ihr Gelöbnis zur

Verteidigung der demokratisch-republikanischen Verfassung erneuern und diesen Tag zu einer Heerschau der re- publikanischen Kräfte gestalten!

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Der 1. Mai muß in diesem Jahre zu einer besonders ausdrucksvollen Kundgebung gestaltet werden. Wir fordern euch daher auf, an diesem Tag überall dort, wo es ohne ernste Schä- digung der Arbeiterschaft möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Sorgt aber in jedem Falle dafür, daß der 1. Mai in diesem Jahre ein würdiger Festtag der Arbeit werde.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Der Bundesvorstand.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Der Vorstand.

gestiegen ist, forderte unsere Verbandsleitung auf Grund des Schiedspruches neue Verhandlungen, um eine Abgeltung für die eingetretene Mietpreiserhöhung zu erhalten.

An den Verhandlungen, die am 4. April in Weimar statt- fanden, nahmen die Kollegen Wollmann, Karl und Apel vom Hauptvorstand, ferner Baum- u. Mann und die Gaulitzer Bredow, Griesbach und Erdmann teil.

Wer da glaubte, daß auf Grund des ganz klaren Schieds- spruches, und weiter auf Grund der Tatsache der eingetretenen Mietsteigerungen die Verhandlungen schnell und mit einem be- friedigenden Resultat enden würden, der hatte sich schwer ge- täuscht. Die Juristen waren wieder am Werk. Das belagert eigentlich alles. In den freien Verhandlungen stellten sie sich unwissend. Sie meinten, daß im Schiedspruch gar nicht stünde, daß sie — die Arbeitgeber — die Mietsteigerungen tragen müßten. Es stünde nur darin, daß neue Verhandlungen stattzufinden hätten. Uebrigens wäre die Steigerung so gering, daß man es als Lohnerhöhung kaum ausrechnen könne.

An der Hand einer großen Aufstellung über die Auswir- kung der Mietsteigerung von März zu April 1924 hätten sie ausgerechnet, daß es in manchen Fällen noch nicht einmal einer Lohnerhöhung von 1 Pfennig pro Stunde bedarf, um die Miet- preiserhöhung abzugelten. (Diese Mietpreise wollen die Arbeit- geber aus dem vom Reichsstatistischen Amt veröffentlichten und aus dem von den betreffenden Gemeindevorwaltungen erhaltenen Material festgestellt haben.) Der Industrie gehe es so schlecht, sie könne auch nicht die geringste Lohnerhöhung betragen. Kurzum alle Argumente, die schon einige Duzend Male vor- gebracht wurden, mußten wieder herhalten, um zu beweisen, daß die feinkeramische Industrie vor der Pleite stehe und demzufolge keinerlei Belastung ertragen könne.

Unsere Verhandlungskommission hatte zum mindesten in Auswirkung des Schiedspruches ein Angebot der Unternehmer erwartet. Nichts von dem war zu hören. Unser Delegations- führer Wollmann stellte deswegen an die Unternehmervertreter die Frage: „Wollen Sie den Schiedspruch erfüllen oder nicht?“ Hieran, betretenes Schweigen. Nun stellten wir fest, daß wir ausdrücklich nur die Erfüllung des Schiedspruches bis 6. April gefordert haben, und wir uns im übrigen freie Hand behalten müssen.

Die freien Verhandlungen waren daraufhin als gescheitert anzusehen und man wurde sich einig, den Schlichter an- zurufen.

Die Verhandlungen vor der Schlichtungskammer gestalteten sich noch schwieriger als die freien Verhandlungen. Vor der Schlichtungskammer stellte der Unternehmervertreter Dr. W. Arnke das Ansuchen an den Schlichter, für den ganzen Monat April einen Spruch zu fällen. Dem widersprachen unsere Vertreter energisch, schon deswegen, weil darüber, also über den 6. April hinaus, keine freien Verhandlungen geführt worden waren. Der Schlichter vertagte die Verhandlungen in der Schlichtungskammer auf den anderen Tag, um den Parteien Gelegenheit zu freien Verhandlungen zu geben. Unsere Ver- handlungskommission lehnte diese freien Verhandlungen ab mit dem Hinweis darauf, daß wir in erster Linie Erfüllung des Schiedspruches bis 6. April fordern müßten. Mit dieser For- derung beschäftigte sich dann erneut die Schlichtungskammer. Der Schlichter stellte sich in dieser Sitzung auf den Standpunkt, daß es zweckmäßiger sei, eine Regelung der Lohnverhältnisse über den 6. April hinaus vorzunehmen. Da wir aber dagegen prote-

stierten und auch aus schiedsrechtlichen Gründen die Voraussetzungen hierüber nicht erfüllt waren, vertagte er die Verhandlungen abermals bis zum Donnerstag, den 10. April, und stellte in Aussicht, daß, wenn bis dahin zwischen den Parteien weder insgesamt eine Einigung erzielt, noch darüber, daß die Schiedsstelle die Ermächtigung, über den 8. April hinaus einen Schiedsspruch zu fällen, von den Parteien oder dem Reichsarbeitsministerium erhält, er einen Schiedsspruch bis zum 6. April fällen werde. Unsere Kollegen müssen nun wieder warten, weil es den Herren Juristen auf Arbeitgeberseite so paßt. Charakteristisch für die ganzen Verhandlungen ist, daß an den damaligen Verhandlungen ein einziger Fabrikant, Herr Direktor Mütch-Magdeburg, teilnahm.

Damit ist wieder einmal der Beweis erbracht, daß die Unternehmer — Verzeihung, die Juristen — den Arbeiter freiwillig kein Entgegenkommen mehr zeigen werden. Die Arbeitgeber haben durch die Feder des Dr. Weisinger in der „D. N. R.“ erfahren, daß sie sich zu weigern haben, auf Grund des Mietzuschlages Lohnzustände zu machen; und danach richten sie sich, wenn sie dabei auch gegen einen anerkannten Schiedsspruch verstoßen. Jeder Befehl des Reichsarbeitsministeriums ist ihnen heilig. Ob das mit anerkannten Abmachungen übereinstimmt, spielt bei dem weiten Gewissen keine große Rolle und wird nicht so tragisch genommen.

Die Unternehmer haben sich große Mühe gemacht, eine Aufstellung von der Auswirkung der Mietsteigerung von März zu April 1924 zusammenzustellen, um damit zu beweisen, daß die Mietpreiserhöhungen sich fast nicht auswirken. Bei den Orten der Ortsklasse A haben sie kein lächerlich errechnet, daß die Mehrbelastung für ein Zimmer und eine Küche durchschnittlich monatlich 2,81 Mk. ausmacht, bei zwei Zimmern und Küche 3,82 Mk., und bei drei Zimmern und Küche 5,79 Mk., also rund 4 Mk. durchschnittlich, bei Ortsklasse B etwas mehr, gleich für 30.000 Familien vorstehende der feineramischen Industrie 120.000 Mk. Monatsbelastung der Arbeiterchaft vom März zum April. Nun wissen aber die Arbeitgeber genau so gut wie die Arbeiter, daß die Löhne seit November mit einer kleinen Ausnahme (letzter Schiedsspruch) stehen geblieben sind, während die Mieten inzwischen dreimal gesteigert wurden, ohne daß die Arbeiter irgend einen Ausgleich dafür bekamen, trotzdem ein Teil von ihnen auf der Hälfte des Friedensentkommens, aber höheren Lebenshaltungskosten saß. Also auch dafür muß noch von den Unternehmern gezahlt werden; denn all die Berechnungen stehen schon in den Verkaufspreisen. Den Arbeitern wird also vorenthalten, was sie nötig haben, und die Unternehmer stecken es in ihre Tasche.

Da die Unternehmer kaum diesen sonderbaren Moralstandpunkt verlassen werden, müssen die Arbeiter eben dazu übergehen, ihnen begreiflich zu machen, daß sie nicht allein ein Lebensrecht haben. Vielleicht hilft den „armen“ feineramischen Industriellen, von denen welche wegen Feinnagen lieber die Produktion wochenlang stilllegen, ein sanfter Druck. Aus den Verhandlungen ging wieder einmal hervor, daß sich die Juristen der feineramischen Industrie lieber einen Dinger abhandeln lassen, ehe sie einen Pfennig Lohnzulage bewilligen. Sie führen ihren Auftrag aus, und die Fabrikanten laden sich ins Häutchen.

Anscheinend hat die Arbeiterchaft bisher mit zuviel Anstand und Geduld ihr Schicksal getragen.

Der Manteltarif von beiden Parteien angenommen.

Bekanntlich wurde in der letzten Märzwoche in Weimar über den Abschluß eines neuen Reichsmanteltarifvertrages für die feineramische Industrie, unter Mitwirkung des dortigen Schlichters, verhandelt. Die Abmachungen, die mit geringen Ausnahmen dem vorjährigen Vertrag ähneln, fanden die erklärende Zustimmung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, so daß bald die Allgemeinverbindlichkeitserklärung erfolgen wird.

Leider liegen die Rechtsverhältnisse so, daß auch die Unorganisierten in den Genuss der Tarifabmachungen kommen, zu denen sie keinerlei Opfer brachten. Sie nehmen also von Früchten, die nur auf Grund der Organisationsfähigkeit der Arbeitnehmerschaft geblieben konnten.

Die Kollegenchaft muß unablässig bemüht sein, den Unorganisierten die Schädlichkeit ihres Verhaltens klarzumachen, damit auch in Zukunft Organisationsabmachungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern getätigt werden, die auch den Arbeitern Vorteile bringen. Nur durch Vorhandensein einer großen geschlossenen Organisation läßt sich für die Arbeiter auf dem Verhandlungswege etwas erreichen. Diese Erkenntnis muß bei der Arbeitnehmerschaft der feineramischen Industrie wieder Platz greifen; denn das Verhalten der Unternehmer den Arbeitern gegenüber richtet sich stets nach der Macht und Geschlossenheit der Organisation.

Volk und Menschheit.

Zwei Punkte sind es, derentwegen die freien Gewerkschaften seit Jahrzehnten bekämpft werden: weil sie den entscheidenden Kampf gegen den Kapitalismus vertreten und internationalen Kampfscharakter haben.

Daß die Gewerkschaften mit dieser ihrer Auffassung in einen Gegensatz zum Denken aller der Jahrhunderte getreten sind, ist gewiß. Die ganze Geschichte ist Dynastiegeschichte und Nationalgeschichte durch die Dynastien gewoben, und so war auch das ganze Denken in Grenzen gebunden. Da bedeutete das Auflockern des internationalen Gedankens im Proletariat eine revolutionäre Tat. Aber daraus, daß es sich um eine neue Idee handelt, ergibt sich nicht das Fehlen einer Berechtigung zu solch neuer Auffassung vom Dasein.

Das Proletariat ist sogar stolz auf dieses sein internationale Brüdergefühl, und es kann einfach nicht gelehrt werden, daß auch die größten Geister des Menschengeschlechtes diesen Reichheitsglauben vertreten haben. Der berühmte Bischof, der Naturwissenschaftler, sagte: „Wenn ich die gesamte Geschichte der Menschheit übersehe, kann ich mich der Vorstellung nicht entschlagen, daß mir alle wirklich Brüder und Schwestern sind. Das gilt selbst von Schwarzen und Gelben, vollends von den uns zunächst stehenden weißen Rasse.“ Und in diesem Sinne begriffen ja auch Lessing, Herder, Kant und Schiller die Humanität, das Wachsen zur Menschheit als Menschentum als den tiefsten Wesenskern der Geschichte.

Damit ist das Proletariat nicht die Bande, die es an seine Vorfahren hält. Jedes Volk hat seine Weisheit, die ein Recht auf Freiheit und Entfaltung hat, und Menschheit ist die Harmonie solch freier Völker.

Aber daß die Harmonie von freien Völkern werde, dafür ist der Klassenkampf des Proletariats gegen den Kapitalismus eine wesentliche Voraussetzung. Der Kapitalismus dient weder Volk noch Menschheit. Er dient nur sich selbst. Er wirkt darum zerstörend sowohl für Volk wie Menschheit. Wenn das Proletariat durch den gewerkschaftlichen Kampf der kapitalistischen Macht entgegentritt, so trifft es also nicht das Volk, sondern die völkerverfeindliche Macht Wasmann. Der Freiheit des Volkes dient das Proletariat vielmehr mit seinem Kampfe. Wir brauchen nur zu denken an unser eigenes Volk.

Zur gegenwärtigen Gewerkschaftskrise.

Von Gustav Reinhardt, Kobl.

Der Entwicklungsweg der deutschen Gewerkschaften ist kein geradliniger und ebener gewesen, sondern er hat verhältnismäßig Krümmungen eingeschlagen müssen und oft unüberwindlich erscheinende Hürden überwinden müssen. Die Entwicklungsgeschichte mühte sich vergeblich, in einer Reihe von Einzelstellungen gegeben werden, denn jede einzelne Gewerkschaft hat ihre besondere Entwicklungsgeschichte mit mehr oder minder wichtigen Einzelgeschichten, die je nach ihrem Grade den Entwicklungsweg in ein schnelleres oder langsames Tempo versetzen, weshalb die Entwicklung bei den einzelnen Gewerkschaften in Hinblick auf Ausdehnung und Erfolg verschieden war. In der Hauptsache waren es äußere, nicht im Wesen der Gewerkschaften liegende Einflüsse und Umstände, die den Entwicklungsweg günstig oder ungünstig beeinflussten. Wie Geschichte Epochen aufweist, in denen die Entwicklung mit geschickten Schritten vorwärts und aufwärts eilt, so sind andererseits Perioden zu verzeichnen, in denen nicht nur eine Stagnation zu verzeichnen war, sondern in denen die Entwicklung sich rückwärts bewegte, wodurch die Gewerkschaften in schwere Krisen gedrängt wurden. Welche Grades aber diese Krisen auch immer sein mochten: Gegenwärtig durchleben die Gewerkschaften ihre schwersten Tage und befinden sich in einer ihrer schwersten Krisen; die Vertreter einer friedlichen Entwicklung stehen im schwersten Abwehrkampf in mehrfacher Frontstellung. Denn die alten gewerkschaftsfeindlichen Kräfte, die gegenwärtig außerordentlich erklart sind, haben eine Generaloffensive auf die Gewerkschaften eröffnet und in den eigenen Reihen der Organisationen ist es zur offenen Menterei gekommen, so daß Kampf nach außen und Kampf im eigenen Heerlager den Gewerkschaften augenblicklich den Stempel aufdrücken. Eine Krise hat demzufolge ihren Einzug gehalten, die zur Tragödie der Gewerkschaften geworden ist. Ihren Anfang hat diese Tragödie genommen mit dem Zusammenbruch von 1918. Das mag verwunderlich erscheinen und ist doch so. Wenn man nachprüft und Umschau hält nach den Ursachen, so findet man, daß diese wirtschaftlicher als auch politischer Natur sind. Zunächst ist zu beachten, daß Deutschland wirtschaftlich und politisch beeinflusst wurde nach dem Zusammenbruch von außenpolitischen Maßnahmen, gegen die sich das deutsche Volk nicht erfolgreich zu wehren vermochte. Die Gewaltpolitik der „Sieger“, insbesondere Frankreichs, hat ohne jeden Zweifel die deutsche Wirtschaft, die während der langen Kriegsdauer völlig ruiniert war und sich nach Beendigung des Krieges nicht in der wünschenswerten Weise erholen konnte, weil verschiedene Voraussetzungen hierfür fehlten, in einer Weise belastet, daß die Ernährung des deutschen Volkes in Frage gestellt war. Während des Krieges war alles aufgezehrt. Es mußten nach Beendigung des Krieges Getreide und Nahrungsmittel eingeführt werden, um nur einigermaßen die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Die Einfuhr war aber nur dadurch möglich, daß ein Teil des Goldbestandes des Reichs geopfert wurde, der zur Wiederbelebung der Wirtschaft hätte verwendet werden können, wodurch ungezählte Arbeitslose Verdienst und Ernährung gesichert gewesen wäre. Die Industrie lag so gut wie still und langsam, ganz langsam erst erholte sie sich in bescheidenem Umfang. Rohstoffe waren so gut wie keine vorhanden und stand deshalb die Ausfuhr zur Einfuhr in keinem Verhältnis: Die Einfuhr überstieg die Ausfuhr beträchtlich; die Handelsbilanz war absolut passiv. Die Schwerindustrie arbeitete der französischen Gewaltpolitik noch besser in die Hände, um zu erreichen, daß durch die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft das Staatsgebäude ins Wanken geriet, weil sie einen wankenden Staat mit schwacher Staatsgewalt als nützliche Werkzeuge für ihre Bereicherung am Staate und an den breiten Volksmassen benötigte. Die Staatsausgaben überstiegen die Einnahmen hinborassofählich, und diese Mehrausgaben wurden ins Gigantische gesteigert durch das Ruhrabenteuer, das als die Auswirkung der Wucherschaften derer um Stinnes ausgesprochen werden muß. Gerade durch dieses Abenteuer erhielt die Inflation erhöhten Antrieb, die Marktwährung wurde völlig zerstört, und dadurch die Wirtschaft, die sich im Stadium der ersten Geberücke befand, wieder zum Erliegen gebracht. Fürchtbar waren die Leiden und Nöte der um Gehalt und Lohn Schaffenden, deren Bezüge sich in zögerhaftem Tempo hinter der mit Riesenschritten voranschreitenden Marktentwertung her bewegten. Noch tröstlicher waren die Zustände für weite bürgerliche Schichten: Tausende von Existenzen wurden hinabgestoßen in das Meer des Proletariats, dort das Elend vermehrend. Hunderttausenden, die keinen festen Boden mehr unter den Füßen fühlten, war auf längere Zeit je die Grundlage einer Existenz entzogen. Durchschnittlicher Hunger war ihr ständiger Begleiter, und in ihrer Verzweiflung wandten sich die hungernden Massen dorthin, wo man ihnen Hilfe versprach durch Vererbung der Dinge, nicht zuletzt mittelst Gewalt. Kein gefühlsmäßig warfen sie sich in die Arme der Extreme von rechts und links, weil dort am meisten ver-

sprochen wurde, was vernunftmäßig niemals erfüllt werden konnte. Daß der gewaltige Wiederzusammenbruch der deutschen Wirtschaft nicht spurlos an den Gewerkschaften vorübergehen konnte, ist nur zu erklärlich; denn die Gewerkschaften sind mit der Wirtschaft verbunden; sie sind ja ein Stück wirtschaftlicher Entwicklung, bzw. ein Produkt der privatkapitalistischen Entwicklung. Die Wirtschaftskatastrophe mußte logisch die Lage innerhalb der Arbeiterchaft fördern und die Kraftsalbung derselben mindern. Das konnte um so mehr geschehen, nach dem Kriegsende ungezählte Massen zu den Gewerkschaften gestoßen sind, die nichts weniger als Gewerkschaftler waren, die auch nicht einen Hauch von Idealismus mitbrachten, die nicht an Kampfeswillen und Opfermut ihr eigen nannten, Gewerkschaften, die die Grundlage einer Kampfsorganisation sind. alle diese neu zu den Gewerkschaften Gestohlenen sind, als sie erste Prüfung bestehen sollten, durch das Examen gefallen. Egoismus nahm gern, was die Gewerkschaften an Erreichbar bieten konnten, war aber nicht bereit, zu geben, als die Finanzen der Gewerkschaften durch die Inflation vollständig zerrüttet, deshalb Opfer erforderlich waren. Und so kann die Gegenwart als ein Grabmesser für die gewerkschaftliche Reife der Arbeiter angesehen werden.

Wochten aber die natürlichen Ursachen zermürbend und demierend auf die Gewerkschaften einwirkten, nichts konnte ihr mehr abträglich und schädlich sein, als der Streit und die Kämpfe innerhalb der Arbeiterklasse selbst. Was an Selbststärkung und Selbsterneuerung seit dem Zusammenbruch von 1918 geleistet wurde, steht beispiellos in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In diesem widerlichen Kampfe sind die besten Kräfte vergeblich geübt worden. Anstatt das Kampfinstrument, die Gewerkschaft, zu vervollkommen, um mit ihm den Kampf um die Haltung und Festigung des Errungenen erfolgreicher führen zu können, hat man sich auf den Kampf gegen die Gewerkschaft eingestellt. Die Wirkungen solchen Tuns sind ja bekannt: Gewerkschaften sind bis in ihr Innerstes zermürbt, und dadurch zur Ohnmacht verurteilt. Wo rohe Kräfte funlos walteten, kann sich eben kein Gebild gestalten. Unter solchen Umständen war es der Kapitalistenklasse verhältnismäßig leicht, ihre Kräfte wieder zu sammeln. Gerade der unflinige, geschäftsmäßige Kampf innerhalb der Arbeiterchaft ist der beste Nährboden die Wiedererfarung der Reaktion gewesen. Sie ist drauf dran, nicht nur die für sie verlorenen Positionen wieder zurückzuerobieren, sondern ihre Stellungen vorwärts zu schieben. Sie hat die Achillesferse der Arbeiterchaft erkannt und hält Wuchser um den vergifteten Pfeil abzuschleichen, der die tödliche Wunde bringen soll. Sie ist im Begriff, die Art an die Wurzeln Grundrechte der Arbeiterchaft zu legen, um die Arbeiter wieder zu Heloten der spartanischen Zeit zu machen. Feudalismus und Klassenprivileg, Ausbeutung, Entrechtung und Unterdrückung sollen sich fortsetzen wie eine ewige Krankheit zum ausschließlichen Nutzen der Profitmacher. Sie alle haben sich gemeinsam einheitlich koaliert, um ihren Willen durchzusetzen. Lücken sind ihre Kampfmittel. Dieser eisernen Geschlossenheit, wo noch die Machtmittel des Besitzes und des Intellekts kommen, steht die beschlossene Klasse mit ihrer tiefen Verküftung und vielfachen Zerrissenheit gegenüber. Fanatismus und Haß, Verachtung und Mißgunst, Unvernunft, Unmenschlichkeit, Differenzismus und geistiger Tiefstand haben sich verbündet, dem geschlossenen Unternehmertum seinen Kampf noch besonders erleichtert. Johann Gottfried Seume hat vor über hundert Jahren die heutigen Zustände treffend gekennzeichnet in seinem Gedicht: „An das deutsche Volk im Jahre 1810“, indem er sagt: „Rechts und links zieht eine wilde Horde, mehr noch mit Führung als mit Morde. — Haß und Spaltung herrscht unter den Stämmen, Einheit nur kann das Verderben hemmen. Und die Einheit stiehn wir wie die Best!“ Auf Befehl, a Haß und aus Unvernunft stiehn wir die so notwendige Einheit. Unter der Parole: Einheitsfront betreibt man die Zerreißen der Gewerkschaften, Sektens und Gruppen glauben dem Unternehmertum imponieren und ihm abringen zu können, was die großen Kampfsverbände nicht gelingen konnte in dem unglücklichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit. Aus dem selben Grund steigen bereits wieder Fluten auf, und der Individualismus macht sich wieder breit wie ehemals. Und das nach einer Zeit, die so unendlich viel Anbahnungsunterricht gegeben hat über den Wert der Geschlossenheit und des einheitlichen Handelns, aber auch über Kriegsrätseln und Kriegszweck. Nach Beendigung des Krieges konnte man der Auffassung sein, daß das juristische Weltgeschick hinsichtlich der Auflösung seine Schuldigkeit getan habe; denn die Jahre 1919 bis 1922 sind eine besonders wichtige Epoche in der Entwicklung der Gewerkschaften in Hinblick auf ihre Ausdehnung. Optimistisch veranlagte Gewerkschaftler wagten zu behaupten, daß nunmehr die Zeiten für immer vorüber seien, wo nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiterchaft den Kampf um die Lebensrechte der gesamten Arbeiterklasse führte. Trugschlüsse sind es gewesen. Weitsichtigeres legen allerdings sehen kommen, was kommen mußte bei

Was ist denn anderes deutschen Volkes Wesensart? „Das ist nicht des Deutschen Größe, abzuwiegen mit dem Schwert!“, sagte Schiller. Und Richard Wagner, der deutsche Meister, sprach von der Anlage der Deutschen, nach der sie „zwar nicht zu Herrschern, wohl aber zu Beredlern der Welt bestimmt sein dürften“.

Dienen wir dieser von wahrhaft deutschen Meistern und Dichtern gerühmten Volkseele nicht, wenn wir ihr durch unseren Kampf Zeit und Ruhe erkämpfen, wenn wir dieser unserer idealen Seele den Boden des friedlichen Wachstums erstreben? So ist der freigewerkschaftliche Kampf nicht Zeretzendes, sondern er trägt einen aufbauenden Wert in sich. Er dient der Freiheit von Persönlichkeit und Volk und damit der Harmonie der Menschheit. Er ist damit die Tat, die die tiefste Versittlichung und Verinnerlichung des Daseins in ihrem notwendigen Gefolge hat.

Der Kapitalismus ist der Träger des Krieges.

Dr. J. Siemann, Mitglied der dänischen Folkething. Es besteht sich nichts in der menschlichen Gesellschaft, das auf Interessen gewisser Bevölkerungsschichten zurückzuführen läßt. Die Raubzüge der Raubritter, die Kaperzüge zur See und die Interessentriege der Städte waren die Vorläufer der Ausübung von Nationalismus, und Krieg durch die kapitalistische Gesellschaft.

... in der Waffenindustrie, am Bau von Kriegsschiffen, an den Pulverfabriken und am Flugzeugbau interessierte Privatkapitalismus ist eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Rüstungswesens und der politische Einfluß der Kapitalmacht ermöglicht die Erfüllung der privatkapitalistischen Wünsche. Die Kriege innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sind Interessentriege zwischen Konkurrenten, die nach der Beherrschung der Märkte, der Rohstoffe, der Verkehrswege usw. streben. Es sind kleine Kriege in jedem Lande — und selbstverständlich nur in den größeren Ländern — die einen entscheidenden Einfluß bei der Vorbereitung des Krieges ausüben. Es wurde in weitestgehender Weise gearbeitet vor Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914, und bei den Vorbereitungen wurden die nationalpolitischen Stimmungen, die staatlichen Interessen, die arzenpolitischen Momente selbstverständlich in Betracht gezogen und ausgenutzt.

Mit Hilfe einer vom Kapitalismus bezahlten Presse werden die Bevölkerung hypnotisiert. Sie werden mit nationalpolitischen Phrasen bearbeitet, mit angeblichen Kulturaufgaben und Volksinteressen, mit Versprechen über Friede und Freiheit,

aber wenn der Kriegsausbruch vorüber ist, sieht man, daß die kapitalistischen Interessentriege die einzigen waren, die aus der Abrechnung Nutzen zogen. — Und dann beginnen die neuen Vorbereitungen für den nächsten Krieg unter der Devise: „Rüstungswesen“ und Wahrnehmung „nationaler Interessen“ wie wir es aus der Geschichte der letzten 30 Jahre vor dem Weltkrieg kennen.

Die Arbeiterklasse muß Gegner des Krieges sein. Sie hat nicht gemeinsame Interessen mit der Kapitalmacht. Es ist vorzugsweise die Arbeiterklasse, die die Opfer sowohl bei den Vorbereitungen als auch während und nach dem Kriege tragen muß. Dies lehren die Erfahrungen der gegenwärtigen Zeit. Die Kriegsvorbereitungen müssen deshalb in allen denen bekämpft werden, die kein ökonomisches Interesse an Kriegszüchten und Krieg haben. Und hierzu kann die wirksame Antipropaganda beitragen. Die großen Bevölkerungsschichten: Arbeiter, Angestellte, Beamte, Wissenschaftler, Künstler; die große Masse der kleinen Gewerbetreibenden, Unternehmer, Kaufleute und Bauern, die außerhalb des kapitalistischen Interessentriebs stehen, müssen verstehen lernen, daß Krieg und Kriegszüchten eine großkapitalistische Operationsmethode bilden, wobei die nationalpolitischen Phrasen nur benutzt werden, um den wirklichen Tatbestand zu verschleiern. Sie müssen lernen, daß die kapitalistische Presse als ein im Dienste der kapitalistischen Interessen stehendes Werkzeug arbeitet und daß allein die sozialdemokratische Partei unabhängig von diesen Interessen ist.

Wenn diese Aufklärungsarbeit gelingt, kann die politische Macht des Großkapitalismus gebrochen werden, und dann wird auch die Möglichkeit eines Wählens aus der politischen Macht im Dienste der kapitalistischen Interessen — wovon die Geschichte so viele Beispiele aufweist — verringert. Der Arbeiterklasse, die die Gesellschaft von Krieg und Kriegszüchten befreien will, nützt es nichts, sich auf den Sieg von Ideen und Bewegungen zu verlassen. Die Arbeiterklasse muß in einer nicht zu erschütternden Einheit zusammengefaßt werden und, national wie international, einen unerbittlichen Kampf gegen den Krieg und das kapitalistische System führen. Sie muß dahin streben, diese Gesellschaftsordnung durchbrechen und sie durch Betriebsformen zu ersetzen, die im Interesse der Allgemeinheit sind. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Arbeiterklasse mit ihrer ganzen Kraft betreibt die politische Einfluß zu gewinnen. Fest und sicher, nach bestimmten Richtlinien, muß die Erreichung dieses Zieles erstrebt werden. Die Eroberung der politischen Macht durch Kampf der überall notwendig sein wird, das ist der Weg zur Abschaffung des Rüstungswesens, zur Abschaffung des Krieges.

schon nach Kriegsabbruch vorhandenen politischen Zerklüftung der Arbeiterchaft. Aber auch damit hatten sie nicht gerechnet, daß die Gewerkschaften in eine solche schwere innere Krise verwickelt werden würden. Und so ist der sprunghafte Aufstieg der Gewerkschaften nach der Revolution der Anfang ihrer schwersten Periode gewesen. Die große Enttäuschung wäre erspart geblieben, wenn sich die Gewerkschaften stetig, im Verhältnis zur Entwicklung in die Tiefe, in die Breite entwickelt hätten. Der große Nimbus hat sich in Duft und Nebel aufgelöst und ist in Nichts verworren. Mit ganz falscher Einstellung und mit Hoffnungen im Herzen und mit persönlichen Wünschen, die oft weit über das Maß des Erreichbaren hinausgingen, stehen die Massen zu den Gewerkschaften, ihre Wünsche nicht selber vertretend gegenüber dem Unternehmertum, das in der Zwischenzeit erkannt hat, daß es seine Kräfte bei dem Zusammenbruch unterschätzt und den Arbeiterorganisationen zuviel Bedeutung zugemessen hatte, sondern mit der Vertretung ihrer Wünsche wenigstens vertraut, auf deren Schultern eine ungeheure Arbeitsbürde ruhte und die dann Unmut und Mißtrauen ernteten, wo sie Dank und Anerkennung verdienten. Zu wenig wurde beachtet, daß der Kapitalismus eine jahrhundertelange Entwicklung zurückgelegt hat und daß in dieser langen Entwicklung sich Waben gewonnen haben, mit denen die ganze kapitalistische Weltwirtschaft verknüpft ist, daß die Kapitalisten international in allen Schichten der privaten Wirtschaft eingeweiht sind und sich alle möglichen Anknüpfungen zu eigen gemacht haben. Sie kennen die großen Zusammenhänge. Die Arbeiterbewegung weiß im Gegenteil hierzu nur ein embryonales Alter auf, und der tiefere Einblick in die Zusammenhänge ist der Arbeiterchaft mit wenigen Ausnahmen verweigert geblieben. Das ist ein ungeheurer Nachteil, der nur einigermaßen auszugleichen wäre, wenn die Arbeiterchaft eine einzige und geschlossene Masse darstellte, wenn jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied in dieser Masse ein Kämpfer wäre, der seine Person für die Allgemeinheit in die Schanze schlägt. Ferdinand Lassalle sprach am Schluß seiner letzten Rede am 22. März 1863 in Monstorf die denkwürdigen Worte: „Ich habe, wie ihr denken könnt, dieses Banner nicht ergriffen, ohne ganz genau voraus zu wissen, daß ich dabei persönlich zugrunde gehen kann. Die Gefühle, die mich bei dem Gedanken, daß ich persönlich befeitigt werden kann, durchdringen, kann ich nicht besser zusammenfassen, als in die Worte des römischen Dichters: „exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!“ Zu Deutsch: Möge, wenn ich befeitigt werde, irgendein Rächer oder Nachfolger aus meinen Gebeinen entstehen! Möge mit meiner Person diese gewaltige und nationale Kulturbewegung nicht zugrunde gehen, sondern die Feuerbrunst, die ich entzündet, weiter und weiter freisetzen, so lange ein einziger von euch noch atmet! Das verspreche mir, und zum Zeichen dessen hebt eure Rechte empor!“ Lassalle hat damit gesagt, daß jeder, der in die Bewegung eintritt, damit zu rechnen hat, daß er befeitigt, modern ausgedrückt: daß er gemahregelt und gehegt werden wird. Daß aber die Bewegung nicht deshalb scheitern darf, wenn der eine oder der andere auf der Strecke bleibt. Und alle jene haben im Sinne Lassalles gehandelt, die in schweren Tagen trotz Haß und Verfolgung das Banner der Gewerkschaften hochhielten, die ihr eigenes Ich, ihre Freiheit und ihr häusliches Glück opferten, „damit die Feuerbrunst weiter und weiter auf sich greife“, jene Feuerbrunst, die den Kapitalismus aufstößen soll. Die Nachfolger, die sich Lassalle damals wünschte, sind in geringer Zahl erst vorhanden, und der Rächer für all die Leiden und Qualen, die der Kapitalismus der arbeitenden Menschheit verursacht, wird in dieser Menschheit erstehen dann, wenn sie sich frei gemacht hat von allem Anekdotischen, allem Egoistischen, wenn sie sich frei gemacht hat von Haß und Rache, wenn sie einzig im Willen und Ziel. Der Weg zu dem Ziel ist bisher ein bornenvoller gewesen und wird weiter nicht mit Rosen und Palmzweigen bestreut sein. Vielen erscheint er endlos, weil sie das Endziel noch nicht sehen. Sie glauben es früher erreichen zu können durch tägliche Massendemonstrationen oder durch Zerstörung alles Bestehenden oder auch durch Bürgerkrieg. Sie vergessen ganz, daß Gewalt nur Gewalt antwortet, die nur zerstörend wirken kann und die Arbeiterchaft wieder weiter zurückführt in tieferes Fron-Flaventum des Kapitalismus.

Aber wie Krisen gekommen und gegangen sind, so wird auch die gegenwärtige Gewerkschaftskrise, und mit ihr die trostlose Dunkelheit im Arbeiterdasein gehen. Mögen auch die Unternehmer mit ihren aus Arbeiterdasein gefüllten Kassen ob der Herrlichkeit der Arbeiter triumphieren. Die Unternehmerschaft wird der Arbeiterchaft schon mit Reißschrift beibringen, daß sie zusammen gehört; dessen sind wir gewiß!

Haben schwarze liegt hinter der Arbeiterchaft die Vergangenheit: dunkel und trostlos (zum Teil selbst verschuldet) ist deren Gegenwart, und nicht minder hell ist die Zukunft, wenn sich die Arbeiter nicht wieder auf sich selbst bestimmen. Möge König Mammon gegenwärtig Sieger sein über die Habenacht. Sein Sieg ist ein Pyrrhus'ster, wenn die Arbeiterklasse sich einigt, wenn sie zeigt, was Zukunftsglaube, was Opfermut und Idealismus, was Siegeswille kann. Das Heer der Kämpfer, das ohne Fagen durch hundert Wetter geschritten ist, das Niederlagen ertragen und Siege errungen hat, wird sich auch in dem Durcheinander der stürmischen Gegenwart vom rechten Kurs nicht abdrängen lassen, sondern durch Verdoppelung seiner Kräfte an dem großen Bestimmungswerte der Arbeiterklasse weiter arbeiten, ob's auch stürmt oder fracht. Keiner kann zufrieden sein mit dem, was dem Kapitalismus in diesem Kampfe abgerungen werden konnte, und mit bitterem Ingrimm und blutigem Herzen sehen alle die alten Kämpfer ihre Träume auf eine bessere Zukunft, die sich bei der Revolution verwirklicht hatten, wieder in Nichts zerfallen, weil sich die Arbeiterchaft der Erfüllung nicht würdig erwiesen hat. Nicht in den Worten, sondern auf dem Erdboden liegen die Tatsachen; dort müssen wir uns mit beiden Füßen bewegen und den klaren Tatsachen klug ins Auge schauen. Und da werden wir finden, daß unser Nachteil aus unserer Schwäche resultiert. Da helfen keine Draxelarbeiten und keine Zaubertränke, und auch keine Illusionen und Utopien, sondern nur Wissen und Erkenntnis, Idealismus und Opfermut, und nicht zuletzt Einigkeit. Nur in diesem Zeichen werden wir siegen!

Wahrt Rechte und Errungenschaften!

Die Schwächung der Gewerkschaften infolge des wirtschaftlichen Niederganges der Inflation, und der Selbsthinaufgabung durch die angebliche Opposition hat die Unternehmer veranlaßt, ihren früheren Herrschaftspunkt wieder hervorzuführen und als die Machthaber zu handeln. Freilich hatten sie damit nicht allerorts Erfolg, aber doch auf den ersten Anblick Vorteile und die auch bei uns in der feintexturischen Industrie. Wir kennen Betriebe, in denen Betriebsräte so abgewirtschaftet haben, daß sie nicht einmal mehr die Kraft ausbringen, ihre spärlich im Betriebsratsgesetz vorgelegten Rechte auszuüben. Zugelassen muß dabei werden, daß auch die Belegschaften nicht mehr den nötigen Rückschau bieten. Von anderen Worten: ein Teil der Arbeiterchaft duckt sich unter das Joch und verzichtet aus diesen und jenen Gründen auf ihre wirtschaftliche Mitwirkung bei der Gestaltung ihrer ureigenen Angelegenheiten.

Wie einige Unternehmer gearbeitet haben und wie sie durch ihr Auftreten die Belegschaften einschüchterten und düpierten, wie sie aber auch die Behörden, die angeblich auch in bedrängten Zeiten die Fortführung der Produktion zu sichern haben, einwillen, mögen einige Angaben erhellen.

Die Steingutfabriken Velten-Vordamm haben einen Direktor, der nur allein nach eigenem Belieben schalten und walten will. Er sah in dem Mitwirken der Betriebsräte eine Beeinträchtigung seiner Macht und wollte sie los werden. Da dies

nicht so ohne weiteres ging, schloß er Mangel an Geld für die Lohnzahlung vor, reichte mit dieser Begründung Gesuche um Betriebsstilllegung für Velten und Vordamm ein und erhielt nach „Prüfung“ die Genehmigung dazu, trotzdem erhebliche Aufträge und — Denks für ein Werk in der Tschepolowatei vorhanden waren. Kurz und gut, die Stelle für die Aussicht über die Fortführung der Produktion konnte sich den „durchschlagenden“ Gründen der Firma nicht verschließen und gab die Genehmigung zur Stilllegung, die in Wirklichkeit nicht erfolgte; denn in Velten bekamen vor der allgemeinen Entlassung (28. 11. 23) Arbeiter den Bescheid, ohne Unterbrechung weiter zu arbeiten. Bereits am 3. Dezember 1923 waren die Lohnzahlungsschwierigkeiten soweit „behoben“, daß ein Teil der Belegschaft unter verschlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder anfangen konnte. Daß es sich nicht um eine Betriebsstilllegung handelte und auch nicht um eine Betriebsveränderung, ergab sich auch aus dem Verhalten der Firma zu den Angestellten; denn von ihnen wurde niemand gekündigt.

In Vordamm, wo der gleiche Direktor, Harfort mit Namen, sein Rhetor schwingt, lief die Kündigung wie in Velten am 28. 11. 23 ab, aber die Brenner brannten ihre Oesen weiter, ein Beweis, daß an eine Betriebsstilllegung gar nicht gedacht war. Die Rader, Kutscher und Kohlbrenner traten am übernächsten Tag, am 30. 11., ihre Arbeit wieder an. Die andere Belegschaft wurde nach und nach wieder eingestellt; sie mußte sofort aber eine verschlechterte Arbeitsordnung anerkennen und bedeutende andere Verschlechterungen hinnehmen.

Die beantragte, genehmigte, aber gar nicht vollzogene Betriebsstilllegung hatte also einen offensichtlichen Zweck in Velten wie in Vordamm.

Auf Grund dieser durchsichtigen Sachlage erhob der Betriebsratsvorsitzende von Vordamm Beschwerde beim Demobilisierungskommissar von Frankfurt und erhielt u. a. den Bescheid:

„Im übrigen hat die von mir beantragte Nachprüfung ergeben, daß die Firma bei der Stilllegung und der anschließenden Wiederaufnahme des Betriebes durchaus loyal gehandelt, insbesondere auch den Betrieb nach Maßgabe des vorhandenen Arbeitsbedarfs wieder aufgenommen hat. Hinsichtlich der Arbeitsordnung ist die Firma von dem Gewerksrat, dem sie die Arbeitsordnung übrigens sofort, nicht etwa erst auf Grund Ihrer Beschwerde eingereicht hat, über die bei ihrem Erlaß zu beobachtenden Formen und Fristen belehrt worden. Diese Angelegenheit wird ihren ordnungsgemäßen Weg gehen.“

Dann wird in der Antwort noch gesagt, daß sich der Gewerksrat „gerade im vorliegenden Falle bemüht hat, die Umstände, die die beabsichtigte Stilllegung des Betriebes veranlassen, in eingehender zeitraubender Untersuchung und Prüfung der Betriebsverhältnisse aufzuklären“.

Nach den Angaben des Regierungspräsidenten ist also alles in Ordnung. Erstens: Daß die beantragte und bewilligte Betriebsstilllegung in beiden Fällen nicht, teils nur zum Schein durchgeführt wurde, weil gar nicht die Absicht vorlag, stillzulegen. Zweitens: Daß die Betriebe durch ihr Vorgehen die Erwerbslosensfürsorge belastete. Drittens: Daß die Firma nicht wirtschaftlich handelte; denn sie hat in Velten Berufsfremde eingestellt und ihre eingearbeiteten Kräfte zum Teil draußen gelassen. Viertens: Daß die Befestigung der Betriebsräte offenkundig war. Fünftens: Daß die Einführung einer neuen verschlechterten Arbeitsordnung vorgenommen wurde. Sechstens: Daß die Reduzierung der Stückpreise, Abschreibung der Sacharbeitereigenschaft, Einführung des Neunstundentages, Wegfall der Waldpausen, Abschreibung der Leistungszulagen, also tarifwidrige Zustände durchgeführt wurden. Siebentens: Daß eigenmächtige Aenderung der Betriebskrankenkassen-Statuten vorgenommen wurden.

Alles das war also in Ordnung, weil es die scheinbare Betriebsstilllegung bezweckte. Allerdings liegt ein Verstoß der Belegschaften mit vor. Durch die Arbeitslosigkeit wurden sie so eingeschüchtern, daß sie in keiner Weise wagten, in geschickter Weise und rechtzeitig ihre Rechte zu wahren. Und selbst heute scheuen sie sich noch, die Anerkennung des Reichsmantel- und Lohn tariffs vor einer Schiedsstelle durchzusetzen.

Wir bringen, weil das Beispiel in der feintexturischen Industrie Schule machen wird, den Fall als Warnung für unsere Kollegenchaft, damit durch rechtzeitige gegenseitige Aufklärung und Unterstützung ihr Einfluß nicht noch mehr geschwächt wird. Die Arbeiterchaft der feintexturischen Industrie muß alles daran setzen, ihre Rechte und Errungenschaften als heilige Güter zu wahren und zu verteidigen, ja, selbst dazu übergehen, Neues zu erkämpfen.

Diese Pflicht obliegt nicht nur einem Teil, sondern der Gesamtkollegenchaft. Kein einzelnes Glied darf zurückstehen; alle haben handelnd einzugreifen und sich mit den geistigen Waffen auszurüsten, die notwendig sind, um die Bahn für das Vorwärtsschreiten frei zu machen.

Nicht betteln, nicht bitten, / nur mutig gestritten, / nie kämpft es sich schlecht / für Freiheit und Recht.

Zum Meinungsfreie!

„Unsere Verbandsmitglieder, auch die kommunistisch gesinnten ersehen daraus, daß ihre Entzündung künstlich entfacht und mißbräuchlich verwertet wird.“

(Aus den Leitartikel der Ameise Nr. 9)

Und warum? Weil angeblich die Gruppe „Chemie“ der besagten Zentralstelle die Anweisung gegeben hätte, innerhalb der Mitgliedschaft einen ungeheuren Entzündungssturm zu „entfachen“. Der Obige angezogene Artikel spricht sogar von einer „Bezahlung“ für die zum Klappen gebrachte „Regie“. In sich zusammen gefaßt spricht also besagter Artikel über die Opposition, als von einer Richtung Gewerkschaftszerstörer, — welche in sich geistlos, käufliche Objekte an der Strippe einiger gewissenlosen Gesellen, (Moskau) welche schon jahrelang mitemeren, nur um die Gewerkschaften zu zerstückeln, — zu allem fähig sind. Nun heißt es freilich, daß man mit jenen Beschluß nicht die Opposition treffen will, auch kein Kesseltreiben gegen kommunistisch gesinnte Mitglieder beabsichtigt. Doch wie liegt es in der Wirklichkeit? So schön wie es sein mag, das man sich nicht mit dem Beschluß getroffen fühlen braucht, weil man sich kein schädigendes Treiben bemußt ist und von Angst oder Beklemmung frei ist, wird auch in diesem Falle Angst vor Recht geben. Denn in jenen Beschluß wird ja ganz klar und deutlich bestimmt, daß „im Besonderen für Mitglieder unseres Verbandes die Beteiligung an sogenannten gewerkschaftlichen Fraktionen der kommunistischen Partei nicht zugelassen werden kann.“ Soll das etwa eine besondere Gruppe von Mitgliedern sein, oder aber ist das die richtige Opposition? Ja, glaube doch, verschiden zu können daß das besagte Opposition ist, deren Anhänger auf ihrer Anschauung, — das Burgfrieden und Arbeitsgemeinschaft nicht unsere Taktik in der Gewerkschaft sein darf, sondern unter Kampf sich ohne Rücksicht auf der deutschen Volkswirtschaft (ideologische Fesseln der kapitalistischen Wirtschaft) nur im Interesse der Arbeiterchaft als Klasse zu führen ist, — nun auch meistens Anhänger, Mitglieder der K. P. D. sind. Sich gegenständig etwas vorzumachen hat doch wirklich keinen Zweck. Wir kommen der Sache näher, wenn wir im betr. Beschluß erfahren, daß „für alle Verbandsmitglieder verbindlich und verpflichtend in ihren Verhältnissen zu anders gerichteten Bestrebungen die Tatsache ist, daß unser Verband dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angehört. Wie wird mit aber

nun! Es gehören doch alle freien Gewerkschaften dem Bund an. Sollte da unser Hauptvorstand und Beirat noch keine Meinung der K. P. D. zu Gesicht bekommen haben? Ich habe sehr oft in derraartigen Blättern die Aufforderung von der K. P. D. Fraktion der Metall-, Holz- u. a. Arbeiter an Anhänger und Sympathisierende gelesen nach Feierabend sich da und dort zu treffen. Erst in der letzten Woche habe ich in der Magdeburger Volksstimme (K. P. D.) einen Bericht einer Parteikonferenz gelesen, in welcher der Referent empfahl, die Verbindung mit den Gewerkschaften noch enger zu gestalten. — Also überall Fraktionen. Und es braucht absolut keine ausgemachte Bosheit zu sein, wenn ich annehme, daß auch in unseren Verbänden von jener Seite Zusammenfassungen stattfinden. Und ausgerechnet in Berlin will man nichts davon wissen? Im Vorwärts ließe sich das aber sehr schön zu beweisen im Bezug auf unsere anderen Verbände. Und was den einen recht, muß schon den anderen billig sein. Aber nein, es wird ausdrücklich gesagt Fraktionen der K. P. D., und trotzdem kein Kesseltreiben gegen Kommunisten. Höchst rätselhaft, soweit man nicht annehmen soll, daß eine Propaganda gegen die Opposition notwendig sein sollte. Dann würde auch ein Schuß im umgekehrten Falle aus K. Meinhards „Haltet den Dieb“ Wie mit diesen Beschluß „ein Riesenschritt in der Befreiung der Arbeiterklasse aus den kapitalistischen Zwängen vorwärts getan“ werden kann, wozu nach Ansicht des Kollegen Meinhards der Ennarität der Gewerkschaftsangehörigen „die Qualität die Wage“ halten muß, das ist eine Nuß die man nicht dadurch knackt, indem man andere Ansichten als „befehlshäufigen“ Ausdruck von „Gewalt und Güterbeulen“ erzeugende Fremdkörper verschreit. Man möge bedenken, daß man mit einer Operation oder gar Amputation (frei nach Koll. Meinhards) des „Keiles“ im Verbandsgerade die Spaltung erzeugt, welche man der Opposition anhängt. Wenn man nun schon mit einem derraartigen Mittel rechnet, ich würde diese Kraft lieber angewendet wissen, auch mit den Universalmittel und Aspirin „Generalstreik“ gegen unseren Feind, das allgemaltige Kapital. — Mit all diesen Argumenten hat man den Kollegen Sturhmann empfangen und beantwortet. Eine von ihm gestellte Frage glaubt man damit erledigt zu haben, daß er Angst oder Bellemmung ganz undig äußere. Man wolle ja mit den Beschluß erst zukünftige Verhältnisse treffen. Es liegt nun schon einmal so, daß im Wesentlichen klarheit immer die sachliche Kritik erzeugt, eben darum könnte doch wohl den Hauptvorstand und Beirat kein Schade daraus entstehen, wenn würden die Fälle ganz besonders Art veröffentlicht werden, die im Bericht der betr. Sitzung (Ameise Nr. 6) so fließend kurz angebeutet wurden. — Im übrigen klingt es ähnlich der Dolchstoßlegende glorreicher Ludendorffianer, wenn Koll. Meinhards in seinen Artikel der Opposition die Schuld daran zuschiebt, daß die Gewerkschaften durch systematische Verschönerungsarbeit sich in einer schweren Krise befänden. Ganz im Gegenteil sind die Ursachen dieser Krise mit darin zu suchen, daß es den Gewerkschaftsführern mit ihrer Harmonie mit den Unternehmern, der sogenannten Gleichberechtigung Arbeiter und Unternehmer, das es ihnen mit der Arbeitsgemeinschaft überhaupt gelungen ist die Gewerkschaften in der jetzigen Passivität überzuleiten und daß aber während dieses Ueberganges der Glauben an die eigene Kraft verloren gegangen ist, eben weil all diese Vorbedingungen einer starken Arbeiterbewegung klassenfeindlichen Interessen zum Opfer gebracht wurden. — Um also in Zukunft wieder stark werden zu wollen, muß es heißen „Hinweg mit jenen Beschluß!“ Die Entwicklung muß es sein, die uns den richtigen Weg leuchten läßt. Darum alle Meinungen äußerlich sachlich zu wiederfinden, das ist der beste Lehrmeister für alle Lauen. Die Zeit schreitet, zeigen wir das wir mitgehen.

Bruno Bloch Neuhaldensleben.

Anmerkung des Redakteurs: So wenig der Kollege Bloch richtig abzuschreiben und zu schreiben vermag, so wenig ist er in der Lage, sein geistiges Hütszeug folgerichtig anzuwenden. Seine Ausführungen stellen ein konfus Wortbündel dar, aus dem wohl selten ein Leser oder eine Leserin klar werden wird. Infolge dieser Geistesberäubung mag es W. schwer fallen, den zitierten Artikel in Nr. 9 der „Ameise“ in seinem Wortlaut zu verstehen. Er schiebt ihm dabei auch eine falsche Auslegung über die Opposition unter und verwechselt dabei die Begriffe (Objekt statt Subjekt), so daß es unmöglich ist, sich mit dem Zeug über unserer Organisation fernliegende Dinge auseinander zu setzen. Bedauerlich ist nur, daß die Spalten unseres Blattes so mißbraucht werden und unseren Mitgliedern zugemutet wird, den Quatsch zu lesen.

Mantel-Tarifvertrag.

Zwischen dem Verein Berliner Schilderfabrikanten E. B. und dem Verband der Porzellanarbeiter, Bahnhalle Berlin-Charlottenburg, Abteilung Schriftmaler, wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

- § 1. Der Stundenlohn für ausgelernte Schriftmaler bis zu einem halben Jahre nach Verendigung der Lehrzeit liegt mindestens 25 Proz., und höchstens 40 Proz. unter dem Stundenlohn der Schriftmaler I. Klasse. Im zweiten Halbjahr nach Verendigung der Lehrzeit liegt der Stundenlohn 25 Proz. unter dem Stundenlohn der Schriftmaler I. Klasse.
- § 2. Die Lohnzahlung erfolgt freitags spätestens am Schluß der Arbeitszeit. Die Arbeitswoche läuft von Freitag bis Donnerstagabend.
- § 3. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46½ Stunden, Sonnabends 5½ Stunden.
- § 4. Die Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr morgens und endet um 4 Uhr nachmittags. Als Pausen gelten: Frühstückspause ¼ Stunde, Mittagspause ¼ Stunde. Sonnabends fällt die Mittagspause fort.
- § 5. Heberstunden sind zu vermeiden. In dringenden Fällen beträgt der Zuschlag 25 Proz.
- § 6. Für Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie Arbeit an Feiertagen tritt ein Zuschlag von 50 Proz. ein. Die Nachtarbeit beginnt um 10 Uhr abends und endet um 6 Uhr früh.
- § 7. Für Arbeiten außerhalb des Betriebes wird ein Zuschlag von 10 Proz. bezahlt. Wenn Maler in einer anderen Werkstatt, z. B. in einer Maler- oder Lackierer-Werkstatt arbeiten, so gilt diese Arbeit nicht als Aussenarbeit.
- Die Vergütung für Aussenarbeiten außerhalb des Bezirks Groß-Berlin unterliegt der freien Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und der gesetzlichen Betriebsvertretung. Die Jahressumme sowie die auswärts verbrachten Sonntage werden mit dem üblichen Stundenlohn bezahlt. Jahrgeldvergütung erfolgt für die 4. Wagenklasse.
- § 8. Für Siebelarbeiten wird ein Zuschlag von 25 Proz. bezahlt. Unter Siebelarbeiten fallen auch Arbeiten an Fronten über dem ersten Stock.
- § 9. Schriftmaler, die mindestens ein Jahr bei der Firma tätig sind, haben Anspruch auf einen Urlaub unter Vorausbezahlung des Lohnes. Der Urlaub beträgt nach einem Jahr vier Arbeitstage, steigend mit jedem weiteren Tätigkeitsjahr um je einen Tag bis zu 12 Arbeitstagen. Der Urlaub ist nicht mit Geld ablosbar.
- § 10. Schriftmaler, die sechs Monate im Betrieb tätig sind und entlassen werden, haben Anspruch auf zwei Urlaubstage. Der Arbeitnehmer soll den Arbeitgeber vor der Entlassung auf den ihm gemäß diesem Tarifvertrag zustehenden Urlaub aufmerksam machen.
- § 11. Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis sind vom Arbeitnehmer mit dem Vertrauensmann des Betriebes und, falls eine Einigung nicht erzielt wird, unter Hinzuziehung eines Vertreters

